Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 112 | — Erscheint wöchentlich 5 mal. — Bezugspreis: monatl. 5000.— Mk. ohne Bestellgeld. | Halver Samstag, den 9. Juni 1923 | Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe und 38 mm Breite 100.— Mk., im Reklameteil 1 mm Höhe u. 90 mm Breite 250.— Mk., Offerten-Besorgung und Auskunft 200.— Mk. | 23. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Am Donnerstag nachmittag ist die deutsche Ergänzungsnote in den Hauptstädten der alliierten Mächte überreicht worden.

* Poincaré hat nach vorläufiger Kenntnisnahme von dem Inhalt der deutschen Note noch vor ihrer amtlichen Übergabe die neuen Vorschläge als unbefriedigend bezeichnet.

* In englischen politischen Kreisen wird das neue deutsche Angebot günstig beurteilt und als Weg zu einer interalliierten Beratung angesehen.

* In Leipzig kam es bei neuen Arbeitslosendemonstrationen zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Die neue deutsche Note.

Unsere Garantieangebote.

CB. Berlin, 7. Juni (abends).

Der Reichsregierung sind auf ihre Angebotsnote vom 2. Mai von den alliierten Regierungen verschiedene Antwortnoten zugegangen. Um alles zu vermeiden, was die Fortsetzung des Gedankenaustausches erschweren könnte, hat die Reichsregierung sich in ihrer Rückäußerung auf die Punkte beschränkt, die den Antworten der Alliierten gemeinsam sind. Demgemäß ist den Regierungen in London, Rom, Paris, Brüssel, Washington und Tokio zur Erläuterung und Ergänzung der Note vom 2. Mai folgendes Memorandum übermittelt worden:

Deutsche Leistungsfähigkeit.

Die deutsche Regierung hat nach sorgfältiger und gewissenhafter Untersuchung ihre ehrliche Ansicht darüber zum Ausdruck gebracht, was Deutschland an Reparationen zu leisten fähig ist. Sie würde nicht aufrichtig handeln und das Problem seiner wirklichen Lösung nicht näher bringen, wenn sie, nur um die politischen Schwierigkeiten des Augenblicks vorübergehend zu erleichtern, mehr versprechen wollte, als nach ihrer Überzeugung das deutsche Volk bei Anspannung aller seiner Kräfte zu halten imstande ist. Die Frage nach der deutschen Leistungsfähigkeit ist jedoch eine Tatsachenfrage, über die verschiedene Meinungen möglich sind. Deutschland verkennt nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen ungemein schwer ist, zu einer sicheren Schätzung zu gelangen. Aus diesem Grunde hat die deutsche Regierung sich erboten, die Entscheidung einer

unparteiischen internationalen Instanz

über Höhe und Art der Zahlungen anzunehmen. Ein stärkerer Beweis für den Reparationswillen Deutschlands ist nicht denkbar. Die deutsche Regierung ist bereit, alle Unterlagen für eine zuverlässige Beurteilung der deutschen Leistungsfähigkeit beizubringen. Sie wird auf Erfordern vollen Einblick in die staatliche Finanzgebarung gewähren und alle gewünschten Auskünfte über die Hilfsquellen der deutschen Volkswirtschaft erteilen.

Jahresleistungen.

Die deutsche Regierung hatte die Ausgabe großer Anleihen in Aussicht genommen, um den reparationsberechtigten Mächten baldmöglichst erhebliche Kapitalbeträge zuzuführen. Solange sich die Ausgabe von Anleihen in großen Beträgen sich als undurchführbar erweist, ist die deutsche Regierung auch damit einverstanden, daß an Stelle der Kapitalsummen ein System von Jahresleistungen tritt.

Garantien.

Da die alliierten Regierungen Wert darauf legen, schon jetzt genauere Angaben über die Auswahl und die Ausgestaltung der von Deutschland ins Auge gefaßten Sicherheiten zu erhalten, schlägt die deutsche Regierung folgende Garantien für die Durchführung des endgültigen Reparationsplanes vor:

Reichsbahnverpfändung.

Die Reichsbahn wird mit allen Anlagen und Einrichtungen von dem sonstigen Reichsvermögen losgelöst und in ein Sondervermögen umgewandelt, das in Einnahmen und Ausgaben von der allgemeinen Finanzverwaltung unabhängig ist und unter eigener Verwaltung steht. Die Reichsbahn gibt Goldobligationen in Höhe von 10 Milliarden Goldmark aus, die alsbald als erststelliges Pfandrecht auf das Sondervermögen eingetragen werden und vom 1. Juli 1927 ab mit 5 % verzinslich sind, also eine Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark sicherstellen.

Haftung der Wirtschaft.

Um eine weitere Jahresleistung von 500 Millionen Goldmark vom 1. Juli 1927 ab sicherzustellen, wird die deutsche Regierung alsbald die gesamte deutsche Wirtschaft, Industrie, Banken, Handel, Verkehr und Landwirtschaft zu einer Garantie heranziehen, die als erststelliges Pfandrecht in Höhe von 10 Milliarden Goldmark auf den gewerblichen, den städtischen und den land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitz eingetragen wird. Die 500 Millionen Goldmark Jahresleistung werden entweder mittelbar im Rahmen einer allgemeinen, auch den übrigen Besitz erfassenden Steuer oder unmittelbar von den belasteten Objekten aufgebracht.

Verpfändung der Zölle und Verbrauchssteuern.

Außerdem werden die Zölle auf Genußmittel und die Verbrauchssteuern auf Tabak, Bier, Wein und Zucker sowie die Erträge des Branntweinmonopols als Sicherheit für die Jahresleistungen verpfändet. Der Rohertrag dieser Zölle und Verbrauchsabgaben, der sich im Durchschnitt der letzten Vorkriegsjahre auf rund 800 Millionen Mark belief, ist zwar seitdem infolge des Verlustes an Land und Volk und infolge des verminderten Verbrauchs auf etwa ein Viertel zurückgegangen. Mit der Gesundung der Wirtschaft wird er jedoch automatisch wieder steigen.

Einberufung einer Konferenz.

Zum Schluß glaubt die deutsche Regierung, folgendes betonen zu müssen: In einer so großen und so verwickelten Frage können entscheidende Fortschritte nicht durch schriftliche Darlegungen, sondern nur durch mündlichen Gedankenaustausch am Verhandlungstisch erzielt werden. Deutschlands Zahlungsvermögen hängt von der Art der Lösung des Gesamtproblems ab. Die Zahlungsmethode kann nur in unmittelbarer Aussprache mit den Empfangsberechtigten geregelt werden. Die Festlegung der Garantien in ihren Einzelheiten bedarf der Mitwirkung derjenigen, denen die Garantien dienen sollen. Zur Lösung aller dieser Fragen sind mündliche Verhandlungen nötig. Deutschland erkennt seine Verpflichtung zur Reparation an. Die deutsche Regierung wiederholt ihr Ersuchen, eine Konferenz zu berufen, um den besten Weg zur Erfüllung dieser Verpflichtung zu vereinbaren.

Poincarés Gegenminen.

Das Spiel ist immer das gleiche. Wagt es irgend eine Macht unter den alliierten und assoziierten Unterzeichnern des Friedens von Versailles, wider den französischen Stachel zu löcken, dann wird der jeweilige französische Ministerpräsident wild. Mit Hilfe seiner ihm durch dick und dünn folgenden Presse eröffnet er zunächst eine heftige Kanonade auf den Eigenbrödler und, wenn dieser dann mürbe gemacht ist, Entschuldigungen stammelt, nachgibt, dann setzt Poincaré die eigene Persönlichkeit ein und überrumpelt den Zögernden, zwingt ihn mit rücksichtsloser Gewalt, oft unter deutlichen Drohungen, in den alten Kreis zurück.

Diese gewohnte, ihm immer glückende Politik hat er auch jetzt wieder in Brüssel getrieben, und er hat die Genugtuung, mit einem vollen Sieg in der Tasche nach Paris zurückfahren zu können. Ein gemeinsames Communiqué stellt fest, daß alle Bestrebungen, die man bisher über die Aktionen im Ruhrgebiet getroffen habe, restlos bestätigt worden sind, damit sind also gewisse belgische Besorgnisse über den wirtschaftlichen Erfolg dieser Aktionen in den Papierkorb geworfen worden. Und dann folgt die scharfe Unterstreichung der beiden französischen Bedingungen für jede Verhandlungsbereitschaft dieser beiden Westmächte: Räumung des Ruhrgebietes nach erfolgter Zahlung und Beendigung des passiven Widerstandes. Und schließlich hat man sich auch noch auf neue Maßnahmen geeinigt, die den Druck auf Deutschland noch verstärken sollen, um die „Erfüllung seiner Verpflichtungen" zu erzwingen.

Das ist eigentlich schon die Antwort auf die neue deutsche Note, die jetzt in die Hände aller Alliierten gelangt und die lediglich wissenschaftlicher Natur ist, die aber im Prinzip unbedingt auf dem Boden unserer Note vom 2. Mai steht, nur ihre Ergänzung ist, und die deshalb sinngemäß — wenn auch wohl nicht ausdrücklich — die Räumung des Ruhrgebiets zum Ausgangspunkt jeder Verhandlung macht und die unbedingt bis dahin am passiven Widerstand festhält. Hier gibt es keine Brücke, gibt es nicht einmal einen Grund, auf dem man Brückenpfeiler bauen kann.

Das wird so deutlich wie nur möglich, wenn man gleichzeitig im „Temps" einen Artikel liest, der die französischen Bedingungen in breiterer Ausführlichkeit aufzählt.

Außer jenen beiden Voraussetzungen, die für Frankreich schon zum politischen Schiboleth geworden sind, verlangt man von Deutschland „nur" 26 Milliarden Goldmark, aber man will dann nur so bescheiden sein, wenn Frankreich an England und Amerika seine Kriegsschulden nicht zu bezahlen braucht. Die 26 Milliarden sind nicht etwa die gesamte Reparationssumme, sondern nur das, was wir an Frankreich zahlen sollen. Das verlangt immer nach dem bisherigen Verteilungsschlüssel 52 % der deutschen Reparationsverpflichtungen für sich, so daß laut „Temps" dann die Gesamtsumme 50 Goldmilliarden betragen würde. Und zwar Gegenwartswert, nicht, wie Bonar Law es in Paris vorschlug, als Endsumme periodischer Zahlungen. Wenn aber England und Amerika die an Frankreich geliehenen Gelder eintreiben wollten, so müßte Deutschland zu Zahlungen in gleicher Höhe an Frankreich herangezogen werden. Abgelehnt wird in schroffer Form auch der Gedanke, der in der neuen deutschen Note noch einmal in den Vordergrund geschoben wird: Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit durch eine internationale Sachverständigenkommission: abgelehnt überhaupt jede Diskussion über die Höhe jener Ziffern. Im besetzten Gebiet werde man alle Einnahmequellen öffnen und ausnutzen, die für die Reparationszahlung einbehalten werden, „ohne jeden politischen Hintergedanken — selbst verwalten.

Nähme Deutschland diese Bedingungen an, dann brauche man über die „Sicherungs"frage vorerst nicht diskutieren. In diesem Satz liegt der Grund, auf dem die Brücke zwischen Frankreich und — England gebaut werden soll, vielleicht schon errichtet ist. Auf der einen Seite das „Zugeständnis" Frankreichs, jetzt den Vorschlag Bonar Laws anzunehmen (tatsächlich ist dieser aber lange nicht so weitgehend gewesen, da er nur einen Gegenwartswert von etwa 23 Goldmilliarden darstelle), dafür Weiterbesetzung des Ruhrgebietes durch französische Verwaltung. Dann aber braucht man natürlich keine „Sicherungsgarantien", und dann hätte man eine gemeinsame Plattform für alle Alliierten Deutschland gegenüber, hätte das neue deutsche Angebot von vornherein sabotiert, hätte die Aussicht, diesmal eine gemeinsame ablehnende Antwort aller Alliierten auf die neuen deutschen Vorschläge zustande zu bringen. Es erscheint zweifellos, daß über alle diese Dinge Verhandlungen zwischen London, Paris und Brüssel stattgefunden haben und noch stattfinden; eine Erklärung Lord Curzons im Oberhaus über die Reparationsfrage wurde im letzten Augenblick abgesagt und gleichzeitig erklärte Baldwin, daß eine Aussprache über das Reparationsproblem im gegenwärtigen Augenblick unzweckmäßig sei.

Wie eine schwarze Wolke zieht es heran. Das Ergebnis von Verhandlungen, in denen allein Poincaré führend, aktiv, zwingend tätig ist, wäre eine Neuauflage des Londoner Ultimatums. Das ist die Hauptgefahr der kommenden Tage.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Entwurf der neuen Wucherverordnung.

Der dem Reichsrat vorgelegte Entwurf umfaßt insgesamt acht Verordnungen. Davon befaßt sich die erste mit dem Kampf gegen die Preistreiberei, die zweite regelt die Ein- und Ausfuhr, die dritte beschränkt den Handel, wobei eine Konzessionierung des Einzelhandels vorgesehen ist, die vierte trifft Maßnahmen gegen Notstände in der Versorgung der Bevölkerung mit bestimmten Gegenständen des täglichen Bedarfs, die fünfte befaßt sich mit der Einrichtung von Preisprüfungsstellen, und in der sechsten wird die Auskunftspflicht über wirtschaftliche Verhältnisse, insbesondere Preise, Vorräte, Leistungen und Fähigkeiten von Unternehmungen oder Betrieben, gesetzlich festgelegt. Die anderen Verordnungen beziehen sich auf die Art des Inkrafttretens und der Ausführung.

Vorauszahlungen an die Beamten.

Auf Grund von Rundtelegrammen des Finanzministeriums finden überall Vorauszahlungen an die Beamten und Staatsarbeiter statt. Im Durchschnitt erhält jeder Beamte eine sofortige Barzahlung von rund 300 000 Mark. Wie verlautet, treten in diesen Tagen die Hauptvorstände aller Großorganisationen zusammen, um zu der gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen. Es wird keineswegs verkannt, daß auf der einen Seite in weitesten Kreisen der Staatsangestellten der Wunsch besteht, daß man dem täglichen Steigen der Preise durch eine sofortige neue Teuerungsaktion begegnet. Man will jedoch zunächst abwarten, welche Aufnahme die deutsche Ergänzungsnote bei den in Frage kommenden Staaten finden wird.

Das verbilligte Brot.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand unter Vorsitz des Reichsministers Dr. Luther eine Besprechung mit den Organisationen der Verbraucher statt, die die Schwierigkeiten auf dem gesamten Gebiete der Ernährung behandelte. Der Minister bezeichnete unter Zustimmung der Anwesenden die Preisbildung durch allgemeine Verbilligungsaktionen des Reiches als unwirtschaftlich und in ihrer letzten Auswirkung auch für die Verbraucher schädlich. Die Unmöglichkeit, durch derartige Maßnahmen der Regierung preissenkend zu wirken, veranlaßte die Verbraucher zu dem Wunsch, der Minister möchte den anderen in Betracht kommenden Ressorts der Regierung diese Verhältnisse darlegen, damit dieser Umstand bei den Verhandlungen über Lohn- und Gehaltszahlungen beachtet wird.

Der Deutsche Großhandel zur Garantiefrage.

Eine Deputation des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels hatte mit dem Reichswirtschaftsminister Dr. Becker eine Besprechung über die Frage der Beteiligung der Wirtschaft an den Reparationslasten und die Übernahme einer Garantie für solche Lasten. Es wurde die Bereitwilligkeit des Großhandels zum Ausdruck gebracht, in angemessenem Verhältnis zu der übrigen Wirtschaft Lasten für Reparationszwecke zu übernehmen, auch bezüglich der Höhe der Lasten müsse die Wirtschaft weitgehend entgegenkommen. Die Belastung der einzelnen Wirtschaftsgruppen könne nur in gleicher Form vorgenommen werden, eine unterschiedliche Behandlung von Industrie, Landwirtschaft, Banken, Handel und Handwerk sei nicht zweckmäßig. Die Übernahme von Lasten durch die Wirtschaft könne nicht von Bedingungen abhängig gemacht werden. Es sei allerdings klar, daß die Zahlung der Reparationsbeträge durch die Wirtschaft nur möglich sei, wenn die Ertragsfähigkeit der Wirtschaft während des Moratoriums ganz wesentlich gesteigert werde und dafür die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Die Wahl von Mietsschöffen.

Das neue Miterschutzgesetz, dessen Verkündung unmittelbar bevorsteht, sieht die Bestellung von Beisitzern bei den Amtsgerichten — Mietschöffen — vor. Eine Verfügung des preußischen Justizministers teilt mit, daß in Preußen die Wahl der Mietschöffen von dem zuständigen Ausschuß vorgenommen werden soll. Die Amtsgerichte sollen die örtlichen Hausbesitzer- und Mietervereine zur Einreichung von Vorschlagslisten bis zum 1. August 1923 auffordern. Die Zahl der zu wählenden Schöffen soll so bestimmt werden, daß jeder Schöffe höchstens zu acht ordentlichen Sitzungstagen im Jahre herangezogen wird.

Schnellere Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen.

Der preußische Minister für Handel und Gewerbe hat in einem Erlaß die zuständigen Stellen dringend ersucht, das Verfahren auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen in jeder Weise und unter Benutzung aller Hilfsmittel, zum Beispiel des Fernsprechers, zu beschleunigen und Verschleppungen energisch entgegenzutreten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Im Preußischen Landtag ist von den Sozialdemokraten eine große Anfrage über die Teuerung und der Anpassung der Löhne an diese eingebracht worden.

Berlin. Der verantwortliche Redakteur des hiesigen kommunistischen Organs „Rote Fahne" Erich Gentsch wurde wegen

Landesverrats in Haft genommen.

Dublin. Der Befehl de Valeras an die Aufständischen, die Feindseligkeiten einzustellen und die Waffen in Schlupfwinkeln zu verbergen, ist offenbar befolgt worden. Seit einigen Tagen ist in Irland kein Schuß gefallen.

Peking. Das Gesamtkabinett ist zurückgetreten. Es wird allgemein angenommen, daß die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung der Grund für den Rücktritt seien.

Deutscher Reichstag.

(359. Sitzung.) CB. Berlin, 7. Juni.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand einzig und allein die bereits bekannte sozialdemokratische Interpellation über

Teuerungsmaßnahmen infolge der Markentwertung, Einschreiten gegen die Devisenspekulation usw.

Begründet wurde die Interpellation vom Abg. Aufhäuser (Soz.). Er begann mit dem Bemerken, die französische Regierung habe mit ihrem Ruhrunternehmen das deutsche Volk den Kreisen ausgeliefert, die aus der Markentwertung Nutzen ziehen wollen. Wir dürfen nicht nur mit den Franzosen, sondern wir müssen auch mit diesen Kreisen abrechnen. Die deutsche Arbeiterschaft hat keine Neigung zu Unbesonnenheiten und zu Putschen. Was sich jetzt an Unruhen zeigt, das ist die aufgespeicherte Erbitterung gegen die Nutznießer unserer Notlage, der ehrliche Zorn gegen die Passivität der Reichsregierung und gegen die Aktivität und Raffsucht weiter Kapitalistenkreise. Wir sehen jetzt das Fiasko einer rein bürgerlichen Kapitalistenwirtschaftspolitik. (Große Unruhe rechts, Beifall bei den Soz.) Seit dem Kriegsende ist keine produktive Wirtschaftspolitik mehr getrieben worden. Die maßgebenden Kreise unserer Wirtschaft haben nicht die Konkurrenzfähigkeit durch Steigerung der Qualität vergrößern wollen, sondern sie haben ein Dumping getrieben auf Kosten der Massen unseres Volkes. Sie haben nur auf Valutagewinne spekuliert und sind zu einer extensiven Produktion übergegangen. Der Reichsverband der Industrie hat schon früher sein sogenanntes Hilfsangebot an unerfüllbare Bedingungen geknüpft. Die mit großen Opfern von der Reichsbank herbeigeführte Senkung des Dollars hat nur den großeßn Devisenbesitzern, der Schwerindustrie Profit gebracht, weil sie durchhalten konnten. Die Sabotage der Stützungsaktion ist von den maßgebenden Wirtschaftskreisen ausgegangen. Heute rechnen in Deutschland nur noch drei Stellen mit der Mark: die Steuerbehörde, die Lohn- und Gehaltsempfänger und die Reichsbank. Man treibt dieselbe Finanzpolitik, die Helfferich im Kriege getrieben hat. Mit dem Gesetz über die Anpassung der Steuern an die Geldentwertung hat man geradezu eine Prämie für die Steuerdrückeberger ausgesetzt. Die Schuld des Reiches wächst so sehr, daß auf den Kopf der Bevölkerung durch den gesteigerten Notendruck eine tägliche Inflationssteuer von 2266 Mark kommt. Der in dem Garantieangebot der Industrie verlangte Wegfall der Ausfuhrabgabe würde mehr ausmachen als das ganze Angebot der Industrie. Ebenso steht es mit der Opferwilligkeit der Landwirtschaft. Wir verlangen, daß das Reich beteiligt wird an den Sachwerten der Industrie und daß die Lohnsteuer der Arbeitnehmer gemildert wird. Bei dem immer wachsenden Elend der Lohn- und Gehaltsempfänger müssen wir endlich eine Anpassung der Löhne, Gehälter und Sozialrenten an die Preise verlangen. Hieran schlossen sich Angriffe des Redners auf den Reichswirtschaftsminister. Zum Schluß erklärte der Redner, die Gehälter und Löhne müßten endlich auf eine wertbeständige Grundlage gestellt werden. Es liege jetzt an der Regierung und den bürgerlichen Parteien, die Lösung der Krise innerhalb des Parlaments zu ermöglichen, bevor die Mobilisation der Massen außerhalb des Parlaments notwendig werde.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns:

Die Regierung hat schon eine der Teuerung angepaßte Erhöhung der Unterstützungen der Sozial- und Kleinrentner, der Kriegsbeschädigten und -hinterbliebenen, der Wochenhilfe und der Unfallrente vorbereitet. Auch in der Knappschaftsversicherung sind ähnliche Novellen im Gange. Die Erwerbslosenunterstützung soll unverzüglich der Preisentwicklung angepaßt werden. Die Erhöhung war ursprünglich mit 33⅓ % bemessen. Regierung und Reichsrat werden aber wohl mit Rücksicht auf die weitere Preissteigerung darüber hinausgehen. Die Erhöhung soll rückwirkende Kraft bis zum 4. Juni haben. Besondere Aufmerksamkeit widmen wir einer angemessenen Entschädigung für die Kurzarbeiter. Zur Schaffung neuer Arbeit haben wir in letzter Zeit das System der produktiven Erwerbslosenfürsorge wesentlich ausgebaut, besonders im besetzten Gebiet. Infolge der Markentwertung hat sich die Zahl der Arbeitslosen vermindert. Die Vorschüsse für die Wohnungsbauabgabe sind beträchtlich erhöht worden. Daneben wurde großer Nachdruck gelegt auf den Preisabbau. (Rufe bei den Soz.: „Mit welchem Erfolge?“) Nicht immer mit dem wünschenswerten Erfolg, das gebe ich zu. In den wichtigsten Urprodukten wurde aber tatsächlich ein Preisabbau erzielt. Als die neue Markentwertung sich zeigte, zog das Arbeitsministerium daraus die entsprechenden lohnpolitischen Folgerungen. Auch in den freien Gewerkschaften werden Bedenken gegen die Einführung des Goldlohnes geäußert. Im laufenden Monat werden wir angesichts der sprunghaften Preisentwicklung über den Reichsindex hinausgehen, dessen Mängel uns bekannt sind.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes:

Die von der Regierung schon bei der Verabschiedung des Steueranpassungsgesetzes gegen einzelne Reichstagsbeschlüsse erhobenen Bedenken haben sich als richtig erwiesen. Wir können aber im Laufe dieses Jahres die Vorschriften nicht ändern, weil sonst das schon sehr verzögerte Veranlagungsgeschäft ganz in Unordnung kommen würde. Bis zum 6. Juni sind 224 Milliarden Zwangsanleihe eingegangen.

Die Vorschußzahlungen auf Einkommen- und Vermögenssteuer müssen der Geldentwertung entsprechend wesentlich erhöht werden. Ein in der nächsten Zeit zur Beratung kommender Antrag des Zentrums will die Vorauszahlungen für die Einkommensteuer bis zum 15. August und 15. November auf den zehnfachen Betrag der Steuer von 1922 festsetzen. Wir werden aber voraussichtlich auf den zwanzigfachen Betrag kommen müssen.

Wir arbeiten daran, die Besitzsteuern möglichst der Geldentwertung anzupassen. Ganz wird uns das nie gelingen. Wir werden auch um eine beträchtliche Steigerung der Verbrauchssteuern nicht herumkommen.

Reichswirtschaftsminister Dr. Becker:

Die kaum verhüllten Drohungen des Abg. Aufhäuser lassen erkennen, daß es dem Abgeordneten Aufheuser doch um eine Agitation zu tun war. (Unruhe bei den Soz.) Die Hauptursache für die Verblendung Deutschlands ist doch das Versailler Friedensdiktat und nicht die Devisenspekulation. (Unruhe und Zurufe bei den Sozialdemokraten.) Es ist richtig, daß die Löhne nicht den Preisen im gleichen Tempo folgen. Die Sozialdemokratie hat aber in der Zeit, als sie die Macht hatte, auch die Sozialisierung nicht durchführen können. Eine dauernde Stabilisierung der Währung und des Reallohnes werden wir nicht erreichen, solange das entwaffnete Deutschland ständig bedroht und vergewaltigt wird. Wir hoffen auf die wachsende Einsicht der Völker, daß nur die gegenseitige Duldung und Anerkennung des deutschen Lebensrechtes gesunde Verhältnisse in der Welt schaffen kann. (Beifall.) Im Gegensatz zum Abg. Aufheuser haben die Sachverständigen im Untersuchungsausschuß den im Inlande und Auslande angelegten deutschen Devisenbesitz sehr gering angesetzt. Den Sachverständigen glaube ich mehr. Wir brauchen diese Pioniere im Auslande für die Hebung unserer Wirtschaft. Selbst, wenn durch die Verschiebung solcher Gelder ins Ausland dem deutschen Steuerfiskus Mittel verloren gehen, dann schätze ich den der deutschen Wirtschaft daraus entstehenden Verdienst viel höher ein. (Unruhe und Rufe bei den Soz.: „Sie reizen ja zum Schieben an.“ — „Schieberminister!“) Ich stelle nur eine wirtschaftliche Tatsache fest. Bei dem Überschuß der Einfuhr über unsere Ausfuhr ist die

Entwertung unserer Mark eine natürliche Erscheinung.

(Große Unruhe bei den Soz.) Wir wollen aber nicht die Hände in den Schoß legen. Wir haben die alte Devisenordnung wesentlich verschärft. Wir haben weiter die Konzessionspflicht für Wechselstuben eingeführt, und wir bereiten scharfe Revisionen vor. Mit der Einführung eines Einheitskurses würde kein Nutzen geschaffen, sondern nur eine große Schädigung des Handels erzielt werden. Der Vorschlag einer völligen Zentralisierung des Devisenhandels bei der Reichsbank würde in Deutschland nicht durchführbar sein. Wir werden die neuen Vorschriften der Devisenordnung scharf durchführen, aber solange der Einfuhrüberschuß nicht aufhört, können wir das Übel nicht beseitigen. Die Arbeiterlöhne müssen in die Höhe gebracht, dem Mittelstande muß geholfen werden. Erst, wenn wir frei von Reparationslasten unsere Produktion auf dem Weltmarkt absetzen können, ist eine Gesundung unserer Währung möglich. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Müller-Franken (Soz.) wurde hierauf die Besprechung der Interpellation beschlossen. Diese Besprechung wird morgen stattfinden. Das Haus vertagte sich.

Der Preußische Landtag gegen Trennung von Staat und Kirche.

(248. Sitzung.) tt. Berlin, 7. Juni.

Der größte Teil der kommunistischen Fraktion, der vor Pfingsten wegen seines bekannten Verhaltens von den Sitzungen ausgeschlossen war, ist heute wieder erschienen. Sofort nach Eröffnung der Sitzung entfesselten die Kommunisten wieder eine lange Geschäftsordnungsdebatte. Abg. Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) protestiert gegen das Verhalten des Präsidenten Leinert gegenüber der kommunistischen Fraktion. Abg. Schulz-Neukölln (Komm.) verlangt die Umstellung der Tagesordnung. Als erster Punkt soll ein kommunistischer Antrag über die Vorgänge im Ruhrgebiet besprochen werden. Abg. Meyer-Ostpreußen (Komm.) verlangt die sofortige Beratung eines kommunistischen Antrages über das Verhalten des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Lutterbeck. Die Abgg. Scholem (Komm.) und Sobotka (Komm.) verlangen Besprechungen über das Verbot der proletarischen Hundertschaften und über Teuerungsmaßnahmen. Ein Antrag auf Schluß der Geschäftsordnungsdebatte macht der kommunistischen Obstruktion ein Ende, während die Kommunisten großen Lärm verursachen.

Das Haus ging zu Abstimmungen über den Kultusetat, die seinerzeit zurückgestellt worden waren, über. Bei den Abstimmungen über den Kultusetat und den dazu gestellten Anträgen wurde der Antrag der Sozialdemokraten auf Trennung von Kirche und Staat mit 165 gegen 131 Stimmen abgelehnt.

Damit sind die Abstimmungen zum Kultushaushalt erledigt. Es folgt die dritte Beratung der von den Regierungsparteien beantragten Änderung des Diätengesetzes, wonach den Ausgeschlossenen die Diäten und die Freifahrt für die ganze Ausschlußdauer, d. h. für jeden Kalendertag derselben entzogen wird.

Weshalb stürzte die Mark?

CB. Berlin, 7. Juni.

Auf Anfragen des Abg. Dauch (D. Volksp.) erwiderte in der heutigen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Ursachen für den Marksturz Präsident der Reichsbank Havenstein, wenn das Substanzvermögen des Schuldners, in diesem Falle Deutschlands, das, was die Schulden sichere, ausgepowert sei, so müsse natürlich das Vertrauen sinken. Ein einzelner könne zwar Währungsvorteile auf dem Rücken der Reichsbank durch Entnahme von Krediten erringen, andererseits aber ließen viele ihre Kredite auch länger stehen, wodurch die Summe der Gewinne verringert werde. Jedenfalls könne man nicht absolut die These aufstellen, daß im Durchschnitt die Wirtschaft den Schaden der Geldentwertung trage. Das Papiermarkbetriebskapital in der Wirtschaft nehme immer mehr ab.

Bankier Loeb vom Hause Mendelssohn u. Co. teilte mit, daß es Berufszweige gäbe, die nur noch in Goldmark rechnen. In Papiermark kalkulieren könnten nur diejenigen, die nur im Inlande handeln oder weiterverarbeiten. Von den Sachverständigen wird mit Bedauern festgestellt, daß immer weitere Wirtschaftskreise in Deutschland ihre Kalkulation in fremder Valuta aufstellen, wenn sie auch die Mark als Zahlungsmittel benutzen. Geheimrat Friedrich von der Reichsbank hält es für unzulässig, daß auch der Verkehr in der inneren Wirtschaft auf der Basis fremder Zahlungsmittel sich vollzieht. Vorsitzender Lange-Hegermann (Zentr.) erklärt, tatsächlich wird bei der Fakturierung heute fast ausschließlich in Goldmark gerechnet, und jeder Detaillist bemüht sich um Devisen, um sein Risiko zu vermindern. Die große Nachfrage nach Devisen wäre nicht nötig gewesen, wenn man diese Art der Fakturierung nicht hätte einreißen lassen. Abg. Dauch (D. Volksp.) ist der Ansicht, daß von einem übermäßigen Hamstern der Devisen durch die deutsche Wirtschaft nicht die Rede sein könne.

Im Dienst der Franzosen.

Etwa 50 Beamte und 2000 Arbeiter.

Entgegen anderslautenden, übertriebenen Meldungen über die Zahl der in den Dienst der französischen Eisenbahnregie im besetzten Gebiet eingetretenen deutschen Beamten und Arbeiter wird festgestellt, daß bisher 40 bis 50 Beamte und etwa 2000 Arbeiter in den Dienst der französischen Eisenbahnregie getreten sind.

Wie aus der Pfalz gemeldet wird, sollen von den Arbeitern, die von den Franzosen mit dem Aufladen von Chemikalien in der Anilin- und Sodafabrik beschäftigt wurden, sehr viele erkrankt sein, weil die Franzosen nicht für die nötigen Schutzvorrichtungen gesorgt hatten.

Die neuen Postgebühren ab 1. Juli.

Das Reichspostministerium hat sich auf den Standpunkt des Verkehrsbeirats gestellt, so daß am 1. Juli mit einer dreifachen Erhöhung der Postgebühren und mit einer fünffachen der Fernsprechgebühren zu rechnen ist. Hinzugefügt wird, daß diese Sätze aber nicht von längerer Dauer sein dürften, sondern daß damit gerechnet werden muß, daß schon in allernächster Zeit eine weitere Erhöhung der Postgebühren folgen wird.

Lokales und Provinzielles.

Halver, 9. Juni 1923.

Die Roman-Fortsetzung mußte wegen Raummangel bis zur nächsten Ausgabe zurückgestellt werden.

□ Die Verkehrseinschränkungen im Ruhrgebiet. Infolge der neuen Streckenbesetzung im Ruhrgebiet enden alle von Hagen und Witten-West kommenden deutschen Personenzüge jetzt in Bochum-Riemke, die von Holzwickede, Soest und Welver einfahrenden in Gelsenkirchen-Wattenscheidt, die von Dorsten kommenden in Gelsenkirchen-Bismarck. Von Bochum-Hauptbahnhof nach Kray-Süd, von Gelsenkirchen-Bismarck nach Stoppenberg und von Essen-Nord nach Borbeck wird ein Pendelverkehr aufrechterhalten.

□ **Halver,** 9. Juni. Auf die heute abend im Gasthof „Im Adler“ stattfindende Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins wird noch besonders hingewiesen.

= **Ehringhausen,** 8. Juni. Im Jahre 1921 beschlossen die drei hiesigen Vereine, Landwehrverein-Oberbrügge, Vollmer-Turnverein-Oberbrügge und Freiw. Feuerwehr-Ehringhausen gemeinsam eine Ehrentafel zu beschaffen für die im Weltkriege 1914/18 Gefallenen aus dem Bezirk Oberbrügge-Ehringhausen. Die Ausführung der Tafel wurde der Firma Wetzel & Sohn Erfurt übertragen. Da die Beschaffung der großen Kupfertafeln, die insgesamt etwa 70 Namen fassen mußten, auf erhebliche Schwierigkeiteu stieß, verzögerte sich die Lieferung bis zum Frühjahr d. Js. Nunmehr ist die Tafel an ihrem Platz im Saale des Herrn Wilke zu Ehringhausen angebracht. Die feierliche Enthüllung verbunden mit einer Gedächtnisfeier für unsere Gefallenen findet am kommenden Sonntag, am 10. Juni, statt. Eingeleitet wird die Feier durch einen Chor der Schulkinder von Oberbrügge und Ehringhausen. Herr Pastor D. Dresbach wird die Weiherede halten. Zur Verschönerung der ernsten, erhabenen Feier werden die drei Gesangvereine von Ehringhausen, Oberbrügge und Ahelle durch einen gemeinsamen Chor beitragen. Wie durch Anzeige in der Mittwoch-Nummer ds. Ztg. bekannt gegeben, ist die gesamte Einwohnerschaft von Oberbrügge Ehringhausen und Umgegend herzlichst zu dieser Feier eingeladen.

× **Brügge,** 9. Juni. Am morgigen Sonntag nachm. 5 Uhr findet im Konfirmandensaal ein Lichtbildervortrag für die Konfirmanden statt.

Lüdenscheid, 8. Juni. Drei schwere Metalldiebstähle wurden gemeldet. Die Diebe stahlen aus 3 Fabriken Aluminium-Rondelle, -blöcke, -angüsse und -schrott im Gesamtwerte von 11½ Millionen Mark. Zwei Täter wurden festgenommen. Es sind zwei junge Burschen, die beide wegen schwerer Diebstähle bereits vorbestraft sind.

Altena, 7. Juni. Umfangreiche Eisenbahngüterdiebstähle sind hier gestern aufgedeckt worden, die auf der Strecke Altena—Einsal seit vielen Monaten begangen worden sind. Polizeibeamte fanden bei dem Landwirt Neuhaus in Pragpan einen Sack Zucker, der in der letzten Zeit gestohlen war. Daraufhin wurde das ganze Gehöft von 12 Beamten umstellt und bei einer gründlichen Durchsuchung wurden in einer Scheune und vergraben allerlei Lebensmittel und sonstige Gegenstände im Werte von 12 Millionen Mark gefunden. Als Täter kommt der Knecht des Landwirts und dessen Eltern in Frage. Diese drei sind verhaftet worden.

Grüne, 7. Juni. Die Möhnetalsperre läuft über. Das Staubecken der Möhnetalsperre füllte sich in den letzten Tagen, trotzdem durch den Stollen erhöhte Wassermengen abgelassen wurden, erheblich schneller und lief gestern nachmittag — zum ersten Male mitten im Sommer — über. Die Wasser, die sich von Stunde zu Stunde mehren, stürzen weithin hörbar brausend durch die 113 Bogenöffnungen der 638 Meter langen Sperrmauer in eine Tiefe von 40 Meter und werden mit den übrigen Wassern innerhalb der Stollen in den Möhnefluß abgeleitet.

Münster, 7. Juni. Die elektrische Straßenbahn, die seit einem halben Jahre stillgelegt ist, wird an den nächsten beiden Sonntagen wieder probeweise verkehren, und zwar zunächst bei Gelegenheit des 13er-Appells und dann bei der Tagung des Reichsverbandes deutscher Presse. Der Fahrpreis wird einheitlich 600 Mark betragen, und das Ergebnis soll ausschlaggebend dafür sein, ob die Straßenbahn gelegentlich größerer Veranstaltungen wieder verkehren wird.

Wipperfürth, 8. Juni. 3 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Geldstrafe. Vorgestern fand vor dem französischen Kriegsgericht in Werden die Verhandlung gegen Bürgermeister Dr. Fröhlich von hier statt. Die Sitzung begann 8 Uhr morgens und dauerte bis gegen Mittag. Der Anklage lag in der Hauptsache Nichtbefolgung der französischen Befehle zu Grunde. Der Angeschuldigte erklärte auf die Vorhaltungen, daß er, soweit es ihm möglich gewesen sei, die Anordnungen erfüllt habe. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Aeußerung gegen den französischen Hauptmann, es sei nicht seine Beschäftigung Quartier für französische Offiziere zu machen, wird von Dr. Fröhlich bestimmt abgestritten. Bezüglich des auf den Posten vor dem Rathause verübten Attentats gibt der französische Hauptmann zu, daß der Bürgermeister sein möglichstes getan habe, um den Schuldigen zu ermitteln. Der Staatsanwalt, Kapitän Duvert, bemerkt, daß ein Teil der Wipperfürther Bevölkerung von dem Kommandanten die Absetzung des Bürgermeisters verlangt habe. Die Besorgung des genannten Quartiers habe der Angeklagte abgelehnt und das Stroh erst nach erfolgter Bedrohung geliefert. Sein ganzes Verhalten sei versteckte Propaganda gegen die Besatzung und starker passiver Widerstand. Er beantrage eine Strafe von 3 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe. Die Verteidigung, die in Händen der Rechtsanwälte Dr. Bartholomä-Honnef und Justizrat Dr. Niemeyer-Essen liegt, betont, daß der Angeklagte nicht anders handeln konnte, er habe stets den guten Willen gezeigt, die an ihn gestellten Forderungen, soweit es ihm möglich war zu erfüllen. Das Urteil lautet, nach einer Beratung des Gerichtshofes von 20 Minuten, auf 3 Jahre Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe.

Der Münchener Hochverratsprozeß.

Beginn der Zeugenvernehmung.

s. München, 6. Juni.

Das Verhör der Angeklagten schloß mit der Vernehmung des Angeklagten Berger und des Angeklagten Munk. Berger, der Münchener Kreisleiter des Bundes „Blücher“ war, erklärte, daß seine Bestrebungen nur der Bekämpfung des Bolschewismus gegolten haben. Er habe seine Truppe bereitgestellt, da er geglaubt habe, daß es sich um eine vaterländische Aktion handle. Die Million, die er von Machhaus erhalten habe, habe er für Organisationszwecke verwandt. Auch Munk behauptet, daß er stets der Meinung gewesen sei, es handle sich um eine Abwehraktion gegen den von Norddeutschland drohenden Bolschewismus. Der Rechtsrat Kühles habe ihn wegen seiner guten Beziehungen zu tschechischen wirtschaftlichen Kreisen mit der ganzen Sache vertraut gemacht, aber er habe selbst nicht geglaubt, daß es je zu der geplanten Aktion kommen werde. Nachdem noch festgestellt war, daß der Franzose Richert auch unter den Decknamen „Hartmann-Saarbrücken“ und „Bruckmann-Wiesbaden“ auftrat, und daß in seinem Telegrammwechsel mit den Angeklagten der „Aktion“, die man in Aussicht genommen hatte, immer als „Zementgeschäft“ bezeich-

net wurde, wurde die Vernehmung der Angeklagten geschlossen, und es wurde als erster Zeuge der

Reichswehrmajor Karl Mayr

vernommen. Das Gericht beschloß gegen den Antrag der Verteidiger, die ihn als Mitschuldigen hinstellten, seine Vereidigung. Major Mayr berichtete ausführlich über seine Beziehungen zu den Verschwörern, die ihn anfangs als einen der ihrigen ansahen und ihn deshalb in ihre Pläne einweihten. Er habe aber immer nur die Absicht gehabt, den hochverräterischen Bestrebungen nachzugehen und sich des französischen Obersten Richert zu bemächtigen, sobald dieser nach München komme. Auch zwei der eingeweihten Bundesführer seien nur zum Schein auf den Putschplan eingegangen, während der Oberleutnant Berger in der Hand des Machhaus gewesen sei. Machhaus habe auch ihm gegenüber anfangs immer nur das antibolschewistische Motiv hervorgehoben und erst später die Aktion zum Sturze der bayerischen Regierung und zur Einsetzung eines Regentschaftsrates betont. Fuchs habe ganz unverhüllt vom Umsturz mit militärischen Mitteln gesprochen. Er selbst (der Zeuge) sei zum „Generalissimus" vorgesehen gewesen.

Blutige Zusammenstöße in Leipzig.

Todesopfer und Schwerverletzte.

m. **Leipzig**, 7. Juni.

Für gestern nachmittag hatte das Gewerkschaftskartell Leipzig gemeinsam mit der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei eine Massenkundgebung auf den Augustusplatz einberufen. Bereits um 4 Uhr hatten sich am Eingang der Grimmaschen Straße zum Augustusplatz undisziplinierte Massen angesammelt, die die dort stationierten Polizeibeamten verprügelten und zu entwaffnen versuchten. Dabei erlitten mehrere Beamte Verletzungen. Es wurden Verstärkungen hinzugezogen, jedoch wurden die Beamten schließlich von der Menge zurückgedrängt. Zu dieser Zeit langten die Demonstrantenzüge auf dem Augustusplatz in völliger Ordnung an, und die Kundgebung selbst verlief ebenfalls in Ruhe und Ordnung, jedoch verzögerte sie sich etwas. Diese Gelegenheit benutzten wilde Redner, um die Massen aufzuhetzen. Die Menge in der Grimmaschen Straße nahm eine immer bedrohlichere Haltung an und verlangte, daß die Polizei abziehen sollte. Weil die Gefahr bestand, daß die Polizeibeamten abgeschnitten und die Wache gestürmt würde, wurde nach Hinzuziehung weiterer Verstärkungen die Menge zurückgedrängt und der Augustusplatz geräumt. Aus den Kreisen der Demonstranten fielen hierbei mehrere Schüsse. Darauf wurde auch von der Polizei geschossen, zunächst blind, dann auch scharf. Nach den bis jetzt vorliegenden Berichten sind

6 Tote und 37 Schwerverwundete

zu beklagen. Etwa 60 Personen sind leichter verletzt worden. Bei der Firma Bamberger u. Herz wurde eine große Schaufensterscheibe zertrümmert. Plünderungen wurden durch die Polizei und den Ordnungsdienst verhindert. Der gewerkschaftliche Ordnungsdienst vermochte sich nicht zu halten und zog sich zurück. Eine Anzahl der Ordner wurde von der Menge mißhandelt. Im weiteren Verlauf der Polizeiaktion wurde auch eine berittene Abteilung eingesetzt. Das Vorgehen der Polizei ist von den Leitern des Gewerkschaftsverbandes dem Polizeipräsidenten gegenüber als in jeder Beziehung korrekt bezeichnet worden.

In den Abendstunden sammelten sich auf dem Augustusplatz und in den anliegenden Straßen abermals Gruppen von Demonstranten und Neugierigen an, so daß der Platz nochmals geräumt werden mußte. Die Räumung gelang ohne Schwierigkeiten. Die Meldung, daß ein Waffen- oder Lebensmittelgeschäft geplündert worden sei, hat sich als irrig herausgestellt.

Der heutige Vormittag verlief ruhig. Der Polizeipräsident verbot alle Kundgebungen und Zusammenkünfte unter freiem Himmel. In einer amtlichen Darstellung legt der Präsident besonderen Wert auf die Feststellung, daß die Beamten erst in der größten Notwehr auf die mit Schußwaffen auf sie eindringenden Angreifer scharf geschossen haben. Bestimmte Tatsachen lassen darauf schließen, daß die Demonstranten Verstärkungen aus Halle erhalten hatten.

Kleine Nachrichten.

Die staatlichen Feiertage.

Berlin, 7. Juni. Im Rechtsausschuß des Reichstages begründete die Reichsregierung den Gesetzentwurf über die Feier- und Gedenktage. Nach § 1 des Entwurfs soll der Verfassungstag, der 11. August, als Nationalfeiertag des deutschen Volkes gefeiert werden. Der Ausschuß nahm § 1 an. Auch § 2 wurde angenommen, der als Gedenktag für die Opfer des Krieges den sechsten Sonntag vor Ostern festsetzt. Nach § 3 werden ferner reichsgesetzlich als Feiertage anerkannt: Weihnachten, Neujahr, Ostern, Himmelfahrt und Pfingsten. In der Abstimmung wurde der von der Reichsregierung eingesetzte Stichtag des 1. Januar 1923 abgelehnt und statt dessen der 11. August 1919 als Stichtag festgesetzt. Damit werden also diese Feiertage für den Fall, daß sie in einigen Ländern nach dem Inkrafttreten der Verfassung nicht mehr staatlich anerkannt worden sind, wieder reichsrechtlich anerkannt.

Franzosenparade in Essen.

Essen, 7. Juni. Die Besatzungstruppen haben gestern dem Besatzungsamt Essen mit einem Schreiben Mitteilung gemacht, daß am Donnerstag von morgens 10 Uhr ab der Verkehr im Stadtzentrum gesperrt würde. Der Grund zu dieser Maßnahme war nicht angegeben, jedoch wurde er durch die nachfolgenden Ereignisse der Öffentlichkeit bald bekannt. Der General Petain hielt heute morgen auf dem Heyssenplatz eine Parade ab. Die Franzosen hatten ein großes militärisches Schauspiel in Szene gesetzt. An der Parade nahmen Angehörige aller Waffengattungen teil.

Reichsbeamten- und Arbeiterlöhne genehmigt.

Berlin, 7. Juni. Vom Haushaltsausschuß des Reichstages wurde die Neuregelung der Gehalts- und Lohnbezüge der Reichsbeamten und Arbeiter ab 1. Juni 1923, wie sie zwischen der Reichsregierung und den Spitzenverbänden vereinbart worden war, genehmigt.

Turnen, Spiel und Sport.

= **Halver**, 9. Juni 1923.

Ein seltener Kunstgenuß dürfte der hiesigen Bürgerschaft und Freunden des deutschen Turnens bevorstehen; schweben doch augenblicklich Besprechungen von Seiten der Vereinigten Turn- und Spielvereine Halver e. V. und dem Turnverein Jahn Hagen zwecks eines Werbewettkampfes im Geräteturnen. Der Turnverein Jahn Hagen erfreut sich eines hervorragenden Rufes und verfügt über technisch geschulte Kräfte im Geräteturnen. Noch jüngst fand abwechselnd ein Werbewettkampf — Jahn Hagen — Bochum — Lüdenscheid statt, welche vollbesetzte Hallen aufwiesen und den Zuschauern hervorragende künstlerische Leistungen boten, den Turnern überwältigenden Beifall einbrachten. Nach Abschluß der Vorverhandlungen werden wir erneut an dieser Stelle auf nähere Einzelheiten zurückkommen.

Wetter-Aussichten.

für mehrere Tage im voraus.

10. Juni.	Wolken, Sonne, gewitterhaft Strichweis Gewitter.
11. Juni.	Sonne, Wolken, kühl.
12. Juni.	Wenig verändert.
13. Juni.	Veränderlich, angenehme Luft.
14. Juni.	Wolken teils Sonne, normal temperiert.
15. Juni.	Wenig verändert.
16. Juni.	Wolken, Sonne strichweis Regen, ziemlich kühl.

Berlin, 8. Juni. An der heutigen Frühbörse notierte der Dollar 74 300.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

die beste und billigste **Bezugsquelle** für moderne

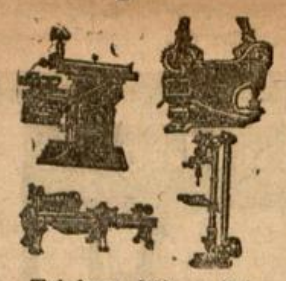
Weiss, Barmen

Ecke Heubruch- u. Reformierte Kirchstr.

Erstes und ältestes Spezialhaus am Platze.

Herren-, Jünglings- und Knaben-, Sport-, Arbeits- u. Berufs-Kleidung jeder Art.

Gegr. 1857



Grosses Lager neuer u. gebrauchter **Werkzeug-maschinen.**

Telefon: 350 u. 351.

Maschinenfabrik Alfred Natorp

Inh.: Adolf Klinke, Haspe i. W. 660

Uebernahme freiwerdender Werkzeugmaschinen.



Wilhelm Stallmann

Hagen W. Rathauspassage

Körnerstr. 5a Fernruf 295

1582

Gegen sofortige Barzahlung suchen wir

Nadelholzbestände

aller Art zum Selbstabtrieb, sowie geschlagene Holzbestände zu kaufen.

Nörtemann & Co., Holzhandlung, Hagen i. W

209 Fernruf 1897 und 3965

Eine Dame welche eine zarte, weisse Haut u. blend. schönen Teint erlangen u. erhalten will, wäscht sich nur mit der Steckenpferd-Seife die beste Lilienmilchseife von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Zu haben bei: [2163]

Drog. C. Menke, Frankfurterstr., H. Köster, Galanteriew., Halver.



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
Daß man vom Liebsten
Was man hat, muß scheiden.

Heute nachmittag 4½ Uhr entschlief sanft und unerwartet infolge Herzschlag meine innigstgeliebte Gattin, unsere gute, unvergessliche Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwiegerin und Tante

Frau Friedrich Dörscheln

Henriette geb. **Klöppelberg.**

Gott rief sie heim im vollendeten 75. Lebensjahre, tiefbetrauerndt von ihren Angehörigen, die ihre nimmerermüdende Liebe schmerzlich vermissen werden.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Friedrich Dörscheln
Minna Dörscheln
Ewald Dörscheln
Fritz Dörscheln.

Glietenberg b. Rönsahl, den 7. Juni 1923.

Die Beerdigung findet Sonntag, den 10. Juni, nachmittags 4 Uhr vom Sterbehause aus statt.

Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden bitten wir Abstand nehmen zu wollen.

Nur in meinem Bettfedernlager



Bettfedern
Inlette echt rot u. federdicht
Fertige Betten
werd. kostenlos im Beisein des Käufers gefüllt.
Ernst Windmüller,
Bettfedern-Großhandl.
Bismarckstr. 24
am Wilhelmsplatz.
Telephon 3694.
Straßenbahnhaltestelle Linie 8.
Geschäftszeit von 8 Uhr morg. bis 7 Uhr abends

Ein Waggon
Pferdemischfutter
eingetroffen.
Gebr. Haase, Halver.
Kronprinzenstraße 26.
Telefon 291.

Erhalte Montag, 11 Juni

Fohlen.
Nathan Stern,
Meinerzhagen.

Freiw. Feuerwehr Halver.

Sonntag, d. 10. Juni morgens 6½ Uhr,

Uebung.

Nach der Uebung findet eine **Besprechung** über das Verbandsfest i. Herscheid statt.

Das Kommando.

Suche für meinen **Haushalt in Lüdenscheid 2** Personen, zum 1. Juli kräftiges zuverlässiges

Mädchen

bei **hohem Lohn** und **guter Verpflegung.**

Frau Emil Müller,
Lüdenscheid
— Schlittenbach. —

Ia. Koch- und Tafelsalz

in Säcken zu 100 Pfd. empfehlen

Gebr. Haase, Halver.
Kronprinzenstraße 26
Telefon 291.

Heute erhielt ich

Schweine.
Hugo Kerspe,
Halver.
— Telefon 52 —

Fabrikgeschäft
in Halver sucht für Büro einen
Lehrling
mit guter Schulbildung
Angebote unter H. 2280 befördert die Geschäftsstelle d. Allgem. Anzeigers Halver

Kopierbücher zu 500 und 1000 Seiten sind vorrätig bei **Wilh. Bell jr., Halver.**

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Halver. Sonntag, den 10. Juni Vorm. 9 Uhr: Abendmahlsfeier. — Vorm. 10 Uhr: Predigt Pastor Meyer zu Theenhausen aus Kierspe Vorm. 11 Uhr: Kindergottesdienst. — Freitag abend 8½ Uhr: Posaunenchor

Evangelisches Vereinshaus, Halver. Sonntag, den 10. Juni. Nachm. 1½ Uhr: Sonntagsschule Stadtmissionar Bröder Abends 8½ Uhr: Bibelstunde. Donnerstag abend 8¾ Uhr: Bibelbesprechstunde. Samstag abend 8½ Uhr: Bibelbesprechstunde des Jünglingsvereins

Freie evang. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a. Sonntag, den 10. Juni. Morgens 9½ Uhr Erbauungsstunde. 11 Uhr: Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Bibl Vortrag. Donnerstag 8¾ Uhr: Gebetstunde. Samstag abend 8 Uhr: Männer- und Jünglingsverein.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, 10. Juni 7½ Uhr: Frühmesse mit Predigt. 10 Uhr: Hochamt mit Predigt. 8 Uhr: Herz-Jesu-Andacht.

Fernsprecher 3705-3708.

Halbzeug : Stab-Form-Band-Eisen
Walzdraht : Bleche u. s. w.

622

liefern ab Werk und Lager

WEDEKIND & Co. Eisengroßhandlung HAGEN Westf.

Zweighäuser:

Berlin SW 11. **Cöln a. Rhein.**

Lager mit Gleisanschluß:
Vogelsang, Kreis Schwelm i. Westf.

Ankauf von Fabrik-Abfällen in:

Eisen u. Metallen

aller Art,

Lumpen, Knochen,

Papier u. Flaschen

Gustav Bierwas,
Eisen- und Metallhandlung,
Zentrale Radevormwald, Telefon 83.

Filiale:
Halver, Berlinerstrasse 7
(bei Eugen Wellershaus).

Anzüge, Hosen, Schlüpfer, Couvercoats, Gummi-Mäntel

573 in aparten Farben und Formen
auf **Teilzahlung** im
Bekleidungshaus Westfalia
Hagen, Elbersufer, Ecke Heidenstraße.

(Staatsmedaille gold. Ausstellungspreise)

Pianos

Flügel - Harmoniums
Verkauf an Private.
Roth & Junius
Hof-Piano- und Flügelfabrik
Hagen i. W.
Bahnhofstraße 29.

Filiale: Berlin
Hardenbergstr. 14.

NB. Eintausch und Ankauf von gebrauchten Instrumenten Stimmungen und Reparaturen.

Sofort greifbar: 652

Drehstrom-Motore

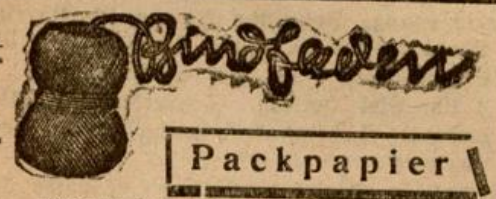
220/380 V., neu, Kupferw.
mit 1 Jahr Garantie, erstklassige Fabrikate:

1 Ps. Kschl. 1450 T. zu Mk. 480 000 p Stück
2 „ „ 1450 T. zu Mk. 650 000 p. Stück
3 „ Schlrg. 1450 T. zu Mk. 1 000 000 p. Stück
4 „ „ 1450 T. zu Mk. 1 200 000 p Stück
5 „ „ 1450 T. zu Mk. 1 450 000 p. Stück
7,5 „ „ 1450 T. zu Mk. 1 800 000 p. Stück
10 „ „ 1450 T. zu Mk. 2 200 000 p Stück

Anlasser und Spannschienen billigst!
ab Lagerort, ausschließlich Verpackung.
Zwischenverkauf vorbehalten

Friedrich Müller, Hagen i. W.
Telefon 1412. Badstraße 6.

Fernruf 3948. 704



Packpapier

liefert zu äusserst kalkulierten Preisen
August Liese, Papier- u. Packmaterialien-Großhandl.
Hagen i. Westf., Kontor: Körnerstraße 12.



Covercoat-Paletots

und

Gabardine-Mäntel

die in der jetzigen Frühjahrs-Saison mehr denn je getragen werden, finden Sie bei mir — wie auch sonstige Frühjahrs-Paletots und -Ulster in neuzeitlichen Formen — in allen Herren- und Burschen-Grössen in grosser Auswahl fertig am Lager.

Jedes Stück meines reichhaltigen Lagers weist Schliff und Eleganz auf und zeigt Ihnen nicht nur die schönsten Erzeugnisse heutiger Mode, sondern gibt auch jedem Herrn Gelegenheit, zu beurteilen, ob Form, Farbe und Sitz seinen Wünschen entspricht.

Sacco-Anzüge

führe ich ebenfalls in grösseren Sortimenten und allen Stoffarten — vom einfachsten aber dennoch soliden Werktags-Anzug an bis zum elegantesten Gabardine-Anzug — fertig am Lager

Die Verarbeitung

sämtlicher Stoffe ist derartig sorgfältig, dass ich für jedes Stück, selbst in niedrigster Preislage, volle Gewähr übernehme.

Oscar Fromm

Barmen (früher Reichshof) **Altermarkt 28**
Verkauf nur I. Etage.

Weitere Geschäfte:
Dortmund, Oberhausen, Herten und Erkenschwick.

Westf. Glasniederlage, Hagen i. W.

Fernspr. 2643 Inh.: **Heinr. Theis jr.** Wehringhauserstr. 44
Größtes Unternehmen dieser Art am Platze.
Billigste Bezugsquelle für Wirte-Vereine.
Spezialität: Wirtschaftsartikel.

Ausgezeichnet!



sind die Anstriche mit
Schachts Karbolineumfarben
= für Scheunen, Zäune, Geschirre etc. =
haltbar, farbenfreudig und dabei
bedeutend billiger als Oelfarben.
Verlangen Sie Angebot und Prospekt.
F. Schacht, chem. Fabrik, Braunschweig,
Vertreter:
Walter Barking, Halver.
— Telefon 286. —

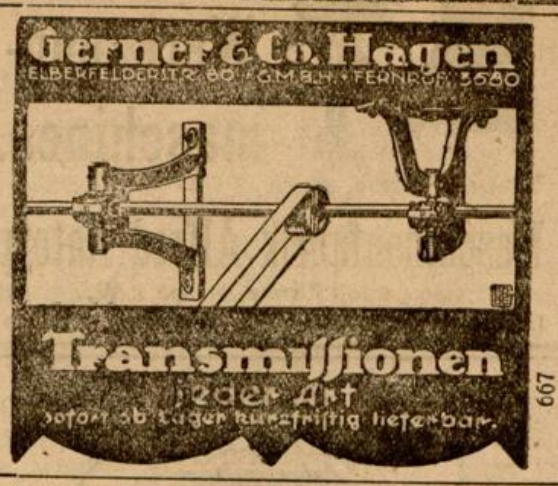
Brückner & Co. G. m. b. H. Hagen i. W.

Elektrizitäts-Gesellschaft
Brückner & Co.
G. m. b. H.,
Hagen i. W.
Bergstraße 123.

Telegr.-Adr.: Dynamo.

Fernruf: Nr. 259, 3916.

Großes Lager in
Dreh- u. Gleichstrom-Motoren
Leihmotore.



667

Motorräder

Cito K.-G., 4 PS.
Uebernehmen Reparaturen jeder Art von Motorrädern aller Fabrikate.
Ausführung durch Spezialisten, daher fachgemäß und unter Garantie.
Gebr. Löwen, Hagen.
Telephon 4226.

Wenn Sie billig

und doch gut

Oberbetten

kaufen wollen,
so gehen Sie zum 731
größten und billigsten
Spezial-Bettengeschäft
Bettenhaus Kaiser
Hagen i. W. Kampstr. 4.